

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE

**FCE 6/06**

**DIE VERFASSUNG FÜR EUROPA – LASSEN SICH LEHREN AUS  
DEM „NEIN“ DER FRANZOSEN ZIEHEN?**

**PROF. DR. ETIENNE FRANCOIS**

GRÜNDUNGSDIREKTOR DES CENTRE MARC BLOCH  
DIREKTOR DES FRANKREICH-ZENTRUMS (FREIE UNIVERSITÄT BERLIN)

**Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin  
am 19. Dezember 2006**

**- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -**

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des  
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

**Die Verfassung für Europa -  
lassen sich Lehren aus dem „Nein“ der Franzosen ziehen  
(Zusammenfassung)**

Prof. Dr. Etienne François

Professor für Geschichte an der Freien Universität Berlin, Direktor des Frankreich-Zentrums

Der Abend des 19. Mai 2005 war für viele - vor allem im Ausland - eine bittere Enttäuschung. Auch wenn die Ergebnisse der repräsentativen Meinungsumfragen vor der Volksabstimmung eine negative Entscheidung erwarten ließen, das Ausmaß der Ablehnung des Verfassungsvertrages (55% der Stimmen gegen den Vertragsentwurf) war für die meisten unerwartet. Und der Schock war um so größer, als die Niederländer nur drei Tage später den Vertragsentwurf noch entschiedener (62% dagegen) ablehnten.

Was ist passiert? Warum ist es so passiert? Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen?

**1) Eine konsequente und überlegte Ablehnung des Vertragsentwurfs**

Die meisten Reaktionen gleich nach der Abstimmung haben versucht, das Ergebnis zu relativieren bzw. herunterzuspielen - wobei im Ausland weit verbreitete und nicht immer unbegründete antifranzösische Vorurteile bemüht und verstärkt wurden (Frankreich als Land von unverbesserlichen und zur Fremdenfeindlichkeit neigenden Nationalisten; Frankreich als das Land der ewigen Protestler und „Nein-Sager“; eine überwiegend innerpolitisch motivierte Abstimmung in Form eines „Denkzettels“ an Chirac). Diese erste Erklärungen sind teilweise zutreffend: die sehr emotionale Beschwörung der durch die Globalisierung gefährdeten französischen Identität und des so genannten „französischen Modells“ spielte in der Tat eine nicht unbeträchtliche Rolle; es stimmt auch, dass die meisten Gegner des Vertrags politischen Gruppierungen angehörten, die Chirac und seine Mehrheit ablehnten (die Befürworter des Vertrages waren vor allem im bürgerlich-konservativen Lager zu finden, während die Sympathisanten der KP, der Front National und der Grünen massiv dagegen waren).

Diese Erklärungsansätze greifen aber zu kurz. Wenn man von den Kommunisten und den Anhängern von Le Pen absieht (die zu mehr als 90% gegen den Vertrag waren), so fällt auf,

dass alle großen politischen Familien gespalten waren: ein Drittel der sozialistischen Wähler waren für den Vertrag und ein Drittel der konservativen Wähler dagegen. Viel wichtiger noch: weit entfernt davon, ein Desinteresse für die außenpolitischen Fragen auszudrücken, war die Entscheidung der französischen Wähler das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Vertragsentwurf. In den Monaten vor der Volksabstimmung haben sich die kommentierten Texte des Vertrages wie „warme Semmeln“ in allen französischen Buchhandlungen verkauft; je näher der Termin der Entscheidung heranrückte, desto größer wurde die Zahl der Bürger, die sich angesprochen fühlten und durch den Wunsch getrieben wurden, sich eine eigene Meinung ohne Bevormundung durch die Parteien und die Regierung zu bilden. Ein beeindruckender Prozess der Distanzierung gegenüber den traditionellen politischen Eliten und den Medien fand in den Monaten vor der Wahl statt, wobei das Internet und die zahlreichen Diskussionsforen, die sich durch eine Dynamik der Basisdemokratie vermehrten, eine entscheidende Rolle spielten. Daher der paradoxe Befund der französischen Volksabstimmung: kein Land in Europa hat sich so intensiv wie Frankreich mit dem Vertragsentwurf auseinandergesetzt; kein Land aber auch hat so entschieden zu seinem Scheitern beigetragen. Was drückte sich durch diese Entscheidung aus?

## **2) Der Ausdruck einer tief gespaltenen und sich vor der Zukunft fürchtenden Gesellschaft**

Das Wahlergebnis war nicht nur der Ausdruck eines mehrheitlichen Misstrauens gegenüber dem Prozess des europäischen Aufbaus. Es war gleichzeitig der Ausdruck einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft. Bei der negativen Entscheidung der Franzosen waren ohne Zweifel soziokulturelle Faktoren wichtig. Die als Anhang beigelegten statistischen Daten zeigen in aller Deutlichkeit, dass die Befürworter des Vertrags sich mehrheitlich unter den älteren Wählern, unten den Oberschichten (Freie Berufe, leitende Angestellte, Führungskräfte), unter den Studenten und Rentnern und überhaupt unter den Personen finden lassen, die das Abitur bestanden haben und mindestens zwei Jahre in einer Hochschule studiert haben. Mit anderen Worten: die Befürworter des Vertrags gehören vor allem den soziokulturellen Milieus an, die einen festen und gesicherten Platz in der Gesellschaft haben, die sich weder vor der Zukunft noch vor der Arbeitslosigkeit fürchten, und die sich mit Europa als Realität und Vorstellung identifizieren können. Die räumlich- geographische Verteilung der „Ja-Stimmen“ legt davon Zeugnis ab: Paris war zu 66,5% für den Vertragsentwurf, die westlich von Paris gelegenen und bürgerlich geprägten Departements haben gleichfalls für den Vertrag gestimmt (62% im Departement „Hauts de Seine“, 59,5% im Departement „Yvelines“), wie auch fast alle großen

Städte (Lyon, Bordeaux, Straßburg, Nantes, Rennes, Grenoble, Toulouse usw.). Gegen den Vertrag votierten die Arbeiter (79% Nein-Stimmen), die kleinen Angestellten (67%), die Landwirte (70%), die Arbeitslosen (71%) und überhaupt die Mehrheit der Franzosen ohne Schulabschluss oder mit einer nur geringen Qualifikation (Realschulabschluss). Mit anderen Worten: die soziokulturellen Gruppen, die sich am Rande bzw. in der unteren Hälfte der französischen Gesellschaft befinden, haben mehrheitlich gegen den Vertragsentwurf abgestimmt.

Diese soziokulturelle Spaltung erklärt allerdings nicht alles. Sie war schon im Jahre 1992 vorhanden, als die Franzosen sich mit einer kleiner Mehrheit für den Vertrag von Maastricht ausgesprochen haben. Und zwischen 1992 und 2005 ließ sich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse wie auch des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Franzosen feststellen. Warum ist man also zwischen 1992 und 2005 von einem „kleinen Ja“ zu einem „großen Nein“ übergegangen? Der Vergleich zwischen den Karten der Wahlergebnisse von 1992 und 2005 wie auch die Tabelle über die Verteilung der Stimmen nach soziodemographischen Merkmalen geben darüber Auskunft. Zwischen 1992 gab es nur 53 Departements, die den Maastrichter Vertrag ablehnten; 2005 aber war die Zahl der sich gegen den Vertragsentwurf entscheidenden Departements auf 84 gestiegen. Die knappe Mehrheit von 1992 war mit Hilfe der Stimmen der im öffentlichen Dienst arbeitenden Mittelschicht erreicht worden (Grundschullehrer, Krankenschwestern und soziale Berufe hatten sich mehrheitlich für Maastricht ausgesprochen); im Gegensatz dazu votierten 2005 die Mittelschichten mehrheitlich gegen den Vertragsentwurf (67% bei den kleinen Angestellten, 64% bei den Beschäftigten im öffentlichen Sektor) - aus Angst vor einer sozialen Deklassierung und einer beruflichen Prekarisierung, die auf das Konto der Liberalisierungs-Politik von „Brüssel“ zurückgeführt wurde. Dort vor allem liegt die Erklärung für das Nein der Franzosen; die Abkehr der Mittelschichten gab letztendlich den Ausschlag dazu.

\* \* \*

Das „Nein“ der Franzosen im Frühling 2005 war also mehr als eine oberflächliche Erscheinung. Es war kein „Nein“ an Europa, sondern vielmehr der Ausdruck eines Misstrauens gegenüber einer Entwicklung, die die Prekarität am Arbeitsplatz vergrößert, anstatt die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen; es drückte das Misstrauen von vielen Franzosen gegen ein unkontrolliertes Europa aus, das die Sorgen und Ängste der Menschen zu wenig

berücksichtigt; es drückte schließlich die Enttäuschung von vielen Franzosen gegenüber einer politischen Klasse und einer Regierung aus, die sich selber zu wenig mit dem europäischen Projekt identifizierte und während der Wahlkampagne nie in der Lage war, das europäische Projekt überzeugend zu verteidigen und offensiv zu vertreten.

Alles deutet darauf hin, dass das Nein der Franzosen und der Niederländer den endgültigen Tod des Verfassungsvertrags in seiner damaligen Form besiegelt hat. Für Europa bedeutet dies eine dreifache Herausforderung: um das Vertrauen der Bürger wieder zu gewinnen, muss Europa die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen, ein klares politisches Projekt formulieren und die Nähe zu den Bürgern wieder finden. Neue Wege sind zu suchen und ohne eine Reaktivierung der deutsch-französischen Partnerschaft wird es kaum möglich sein, Europa aus der Sackgasse herauszuholen. Es gibt kein Europa ohne Frankreich, aber Frankreich kann ohne Europa nicht bestehen.